

Schulz: Ja, eine Kürzung des Kulturhaushaltes in geplanter Höhe trifft vor allem das kleine aktive und vielschichtige kulturelle Leben in Wiesbaden. Ohne diese Kultur wird das Leben in unserer Stadt nicht mehr das sein, was es mal war. Es wird immer so getan, als könnten wir locker darauf verzichten, ich sehe das aber ganz anders. In schwierigen Zeiten wie diesen dürfen wir nicht auch noch unsere Kultur opfern. Kultur ist mehr, macht das Zusammenleben in einer Gesellschaft erst möglich und ohne Kultur weiß ich nicht, wohin wir uns entwickeln werden.

12 Wie werden sie sichern, dass die Arbeit der unabhängigen Frauenprojekte in Wiesbaden trotz drastischer Kürzungen der Finanzmittel weiter gewährleistet wird?

Praml: Ohne Geld geht das nicht. Insofern gilt dasselbe wie zu Frage 11.

Schulz: Ich werde mich bemühen, der Politik und der Bevölkerung klar zu machen, welche wichtige, notwendige und gute Arbeit hier geleistet wird und wurde. In Wiesbaden sind Prioritäten neu zu setzen.

13 Was werden Sie kurzfristig unternehmen, um die in der Hessischen Gemeindeordnung verankerte Forderung nach Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Entscheidungen zu verwirklichen?

Praml: Dies ist eine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung, nicht des Oberbürgermeisters. Ich werde mich aber für mehr Offenheit der Verwaltung gegenüber jungen Leuten und für jugendfreundliche Formen der Bürgerbeteiligung einsetzen. Als Oberbürgermeister werde ich – so oft es geht – kommunale Fragen mit Jugendlichen diskutieren.

Schulz: Es gibt Lust auf Politik, also wir müssen die Lust auf Veränderung wecken. Das heißt, wir müssen politisches Engagement fördern, Initiativen unterstützen und Anliegen ernst nehmen. Die Welt braucht engagierte, politische Menschen. Die Zukunft liegt in ihrer Hand. Ein OB Schulz wird lokale Politik neu definieren. Das Rathaus wird offener werden. Politikverdrossenheit muss aktiv angegangen werden!

14 Wie werden Sie sich als neu gewählter OB dafür einsetzen, dass beim Verwaltungshandeln gegenüber Bürgerinnen und Bürgern ohne deutsche Staatsangehörigkeit – insbesondere Flüchtlingen – deren Menschenrechte sowie das Sozialstaatsprinzip stärker beachtet und Diskriminierungen seitens der Wiesbadener Ausländerbehörde in Zukunft unterbunden werden?

Praml: Ich sehe mich als Oberbürgermeister auch in der Rolle eines Anwalts der schwächeren Interessen in der Stadt, und ich will persönlich dazu beitragen, dass nicht nur die Reichen und die Einflussreichen im Rathaus Gehör finden. Bei der Behandlung von Flüchtlingen werde ich dafür sorgen, dass die Stadt alle Spielräume nutzen, die das geltende Recht für einen humanen Umgang mit dieser Gruppe von Mitbürgern hergibt.

Schulz: Wir leben zusammen in einer Welt. Das Zusammenleben in Wiesbaden ist eine Herausforderung und Chance. Es ist sicher möglich, diese Begegnung und Kommunikation zu organisieren. Ein schönes Beispiel ist das iranische Feuerfest, das seit Jahren bei uns im Schlachthof stattfindet. Ich werde die Ausländerbehörde auf jeden Fall anweisen, Spielräume, die der Gesetzgeber lässt, für die Betroffenen zu nutzen. Es ist schlimm zu erleben, wie viel Angst eine städtische Behörde auslöst.

IMPRESSUM: _____
EXTRA-Blatt der Wählergruppe Linke Liste Wiesbaden, Postfach 4025, 65030 Wiesbaden
Presser. verantw.: G. Schmidt – Eigendruck –

Stellungnahme der Linken Liste ...

Auf ihrer Mitgliederversammlung hat die Wählergruppe Linke Liste einstimmig beschlossen, unter den vier Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl (im ersten Wahlgang) einen bestimmten Kandidaten zu unterstützen – und zwar den parteilosen Kandidaten Gerhard Schulz.

Dies aus folgenden Gründen:

Das Herangehen des Kandidaten Gerhard Schulz an die Entwicklung von Stadtpolitik ist ein grundsätzlich anderes als das der parteigebundenen, etablierten Kandidaten Diehl und Praml. Gerhard Schulz steht für die Haltung, *mit* den Menschen in der Stadt Politik



zu entwickeln und nicht für die Haltung, sich per Wählerstimme sechs Jahre lang einen Freibrief geben zu lassen für eine von den Bedürfnissen und Interessen der Mehrheit abgehobene Parteipolitik. Gerhard Schulz propagiert nicht nur diese andere Herangehensweise an Politik in seinen Äußerungen im Wahlkampf.

Im Unterschied zu den Kandidaten Diehl und Praml hat er ein solch anders geartetes Verständnis, Politik zu entwickeln, in den zurückliegenden Jahren seines gesellschaftlichen Engagements vorgelebt.

Seit Jahren gestaltet und entwickelt Gerhard Schulz gemeinsam mit anderen das KUK (Kultur- und Kommunikationszentrum Schlachthof). Gemeinsam mit der IG Schlachthof und zahlreichen UnterstützerInnen und Unterstützern, insbesondere – aber nicht nur – aus der jungen Generation hat er maßgeblich das Projekt Kulturpark diskussionswürdig gemacht und in der gesamten Stadt ein breites Echo für dieses Projekt gefunden. Er hat sich dabei auch als teamfähig, kooperations- und kompromissbereit gezeigt und es auch nicht an langem Atem und Konsequenz fehlen lassen.

Das Projekt Kulturpark stünde heute nicht so da ohne den Einsatz von Gerhard Schulz und derjenigen, die ihn unterstützen.

Dass ihn als parteiungebundenen Kandidaten viele unterstützen und er breite Sympathien genießt, unterstreicht die Akzeptanz dieser anderen politischen Herangehensweise.

Dass Gerhard Schulz in einer Reihe kommunalpolitischer Felder nicht so erfahren ist wie der amtierende Oberbürgermeister und sein langjähriger Herausforderer von der SPD, der seit Jahren Fraktionsvorsitzender ist, ist nicht verwunderlich. Aber was nützt vorhandene Faktenkenntnis, wenn sie nicht in eine Politik für die und *mit* der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger mündet?

In der Unterstützung und Wahl von Gerhard Schulz sieht die Linke Liste die Möglichkeit, ein deutliches Votum abzugeben für eine andere Politik, die *mit* den Menschen gemeinsam gemacht wird.

Wiesbaden, den 29. April 2003

... zur Oberbürgermeister-Wahl

Linke Liste Wiesbaden



Wählergruppe Linke Liste (LiLi) Wiesbaden Extra 01/2003

14 Fragen der Linken Liste zu den Wahlen ...

Die Wählergruppe Linke Liste im Wiesbadener Stadtparlament hat selbst keinen Kandidaten zur Oberbürgermeister-Wahl am 11. Mai 2003 aufgestellt. Stattdessen formulierte sie 14 Fragen, die den drei Bewerbern Diehl, Praml und Schulz vorgelegt wurden. Die Linke Liste hat diese Fragen nicht dem Kandidaten Hartmann (BÜSO) vorgelegt: Diese Gruppierung ist zu früheren Zeiten als „EAP“, „Patrioten“ etc. auf- und angetreten und hat sich dabei als politische Propaganda-Sekte erwiesen.

Die Fragen der Linken Liste, zu verstehen als Wahlprüfsteine, beziehen sich auf Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern sowie auf Positionen, die die Linke Liste im Stadtparlament eingenommen hat.

Oberbürgermeister Diehl, Kandidat von CDU und FDP für die kommende OB-Wahl, hat auf diese Fragen bislang nicht geantwortet. Keine Zeit? Keine Lust? Vielleicht will sich aber der gegenwärtige Oberbürgermeister aller Wiesbadener auch nicht mit anderen politischen Meinungen auseinandersetzen.

Hier nochmals die Fragen der LiLi und die Antworten der beiden Kandidaten SCHULZ und PRAML.

... und die Antworten:

Unterstützen Sie die Forderung der Linken Liste, spätestens zum 1. Januar 2004 die Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuer in Wiesbaden wieder auf das Niveau des Jahres 2001 anzuheben, damit große Firmen und Immobilienbesitzer besser ihrer grundgesetzlich verankerten Pflicht zur Wahrnehmung sozialer Verantwortung nachkommen und wichtige kommunale Aufgaben finanziert werden können?

Antwort des Kandidaten Praml: Es wäre sicher sinnvoll gewesen, in der jetzigen desolaten Finanzlage der Stadt die Grund- und die Gewerbesteuer nicht zu senken. Insofern wäre es eigentlich auch konsequent, wieder auf das alte Steuerniveau zurückzukehren. Dies ist aber mit den Mehrheitsverhältnissen in der Stadtverordnetenversammlung derzeit nicht durchsetzbar, und es würde wohl auch für die Stadt eine negative Optik zur Folge haben, wenn wir dauernd zwischen Steuersenkung und Steuererhöhung hin und her pendeln. Ich setze mich aber auf jeden Fall dafür ein, die von CDU und FDP vorgesehene weitere Senkung der Steuern nicht vorzunehmen.

Antwort von Gerhard Schulz: Ja, ich finde es richtig, dass auch große Firmen wieder angemessenen Steuern bezahlen. Die Lasten unserer Gesellschaft können und dürfen nicht nur auf Normalverbraucher verteilt werden. Jede/r muss hier seinen Beitrag leisten, und zwar in angemessener Form und Höhe. Wichtig ist aber auch, dass Arbeitgeber in der Lage sein müssen, Arbeitsplätze zu erhalten und zusätzliche aufzubauen.

... zur Oberbürgermeister-Wahl am 11. Mai

Teilen Sie unsere Auffassung, dass es bei kommunalen Betrieben und Einrichtungen keine weiteren Privatisierungen (z.B. wie im Bereich der Altenpflege) mehr geben sollte, da diese erfahrungsgemäß mittel- und langfristig zu einem sinkenden Engagement der Beschäftigten (in Folge der damit verbundenen sinkenden Einkommen und sozialen Standards) sowie zur Ausweitung der Erwerbslosigkeit und Belastung öffentlicher Haushalte führen?

Praml: Man muss zwischen der reinen Organisationsprivatisierung (Umwandlung von Ämtern und Betrieben in eine privatrechtliche Gesellschaft; Eigentümer bleibt die Stadt) und einer Vollprivatisierung (Stadt überträgt Aufgaben im Wege der Vergabe vollständig an Dritte) unterscheiden. Ersteres kann zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung sinnvoll sein; letzteres ist in der Regel (aber nicht immer) abzulehnen. So könnte durchaus darüber nachgedacht werden, die Rhein-Main-Hallen GmbH stärker zu privatisieren, wenn es dafür geeignete Partner gibt.

Schulz: Privatisierung ist ein schwieriges Thema. Eine Entlastung des kommunalen Haushalts ist manchmal unumgänglich. Jedoch ist es richtig, dass dadurch oft die Leistung leidet, und das kann auf keinen Fall der Sinn der Sache sein. Als Folge dieser verlorengegangenen Leistungen entstehen doch wieder Kosten, da zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen. Hier könnte es auch sinnvolle Aufteilungen geben, indem eben nur Teile privatisiert werden und die Kommune Kontrolle und Überblick behält. Wichtig ist vor allem, dass zwischen Kommune und privaten Dienstleistern ein Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit entsteht, so ist der positive Effekt am ehesten zu erzielen. Ziel muss sein, dass die Kommune nicht versucht, sich der Probleme zu entledigen, sondern weiß, das Ergebnis wird in ihrem Sinne sein.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Lebensverhältnisse für Kinder und Jugendliche so gestalten, dass alle unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Einkommen einen gleich guten Zugang zu Bildung, Kultur, Sport- und Freizeitangeboten haben?

Praml: Folgende Maßnahmen erscheinen mir besonders wichtig:

- Verbesserung der pädagogischen Ausrichtung von Kindertagesstätten.
- Bessere Spracherziehung und gezielte Förderung der einzelnen Kinder in den Kindertagesstätten, vor allem bezogen auf Kinder mit Migrationshintergrund.
- Bessere Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Schulen.
- Abbau von trennenden Schulformen zugunsten von gemeinschaftlichem Unterricht.

Schulz: Es muss Kindergartenplätze für alle Kinder geben. Wir brauchen ein bedarfsgerechtes Schulangebot, wo für das Leben gelernt wird. Zusätzlich brauchen wir anregende und vor allem bezahlbare Freizeit-, Bildungs- und Kulturangebote.

Welche Projekte auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs wollen Sie in den kommenden Jahren vorrangig zum Zweck einer nachhaltigen Entwicklung Wiesbadens verwirklichen?

Praml: Zwei Projekte erscheinen mir zur Verbesserung des ÖPNV in Wiesbaden besonders wichtig:

- Wiederaufnahme eines modifizierten Projekts Stadtbahn;
- Bau einer Schienenverbindung zwischen Erbenheim und Hofheim zur Einrichtung einer nordmainischen S-Bahn-Verbindung nach Frankfurt.

Schulz: Wir hatten ja die Idee, den Fahrpreis bei der ESWE grundsätzlich auf alle Bewohner/innen Wiesbadens umzulegen. Also jede/r von uns zwischen 5 und 99 Jahren zahlt monatlich einen Einheitspreis in Höhe von 5 Euro. Dafür gibt es keine Kontrolleure und Fahrschein-Automaten mehr. Wir steigen einfach ein und fahren mit, egal ob 1 oder 14 Stationen. Dies würde mit Sicherheit die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs in Wiesbaden beleben. Wir mussten allerdings zur Kenntnis nehmen, dass es kaum möglich ist dies einzuführen, da es keine Grundlage

dafür gibt. Ein Gespräch bei ESWE traf auf offene Ohren, jedoch verhindern neue EU-Richtlinien, der Verkehrsverbund Rhein-Main sowie leere Kassen diese einfache Lösung. Wir haben damit nicht gemeint, kinderreiche Familien besonders zu belasten, hier beachte mensch den Preis von Monatskarten. Ich finde es schade und schlimm, dass der Preis für eine Busfahrt so teuer ist, und nicht zur spontanen Benutzung einlädt. Hier möchte ich gerne etwas ändern, werde aber auf den guten Rat anderer nicht verzichten können. Schlimm finde ich auch, dass wir ein so schlechtes Radwegenetz in Wiesbaden haben. Viele, für die Radfahren den Ersatz des Autos oder des öffentlichen Nahverkehrs darstellt, sind unnötigen Gefahren und besch. Verhältnissen ausgesetzt. Ich glaube, hier ließe sich ohne gewaltig großen Aufwand einiges verbessern.

Wie schätzen Sie die Gesundheitsgefährdung durch steigende Strahlenbelastung als Folge einer größeren Anzahl von Mobilfunksendeanlagen, Mobilfunkempfangsgeräten sowie Sendeanlagen für den funkgestützten Internetempfang von Computern ein? Was werden Sie zur Senkung des Gefährdungspotentials unternehmen?

Praml: Da Wiesbaden nicht über besondere Erkenntnisse in dieser Frage verfügt, sollten wir uns an die allgemeine Entwicklung halten. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, diese Frage zu prüfen und zu entscheiden. Dafür fehlt uns die fachliche wie die rechtliche Kompetenz. Gefragt sind allein die Behörden von Bund und Land.

Schulz: Wie groß die Gesundheitsgefährdung wirklich ist, weiß ich nicht. Ich habe selbst ein Handy und muss zugeben, dass im persönlichen Gebrauch, die Vorteile gegenüber den Nachteilen überwiegen. Für den funkgestützten Internetempfang habe ich jedoch in diesem Zusammenhang dann kein Verständnis mehr. Wir sollten überlegen, ob mensch wirklich überall erreichbar sein muss, oder wir überall ins Internet müssen. Mensch kann es auch übertreiben.

Was werden Sie unternehmen, damit Maßnahmen der Stadtentwicklung verstärkt unter Beteiligung der Betroffenen und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und nicht länger orientiert an den Verwertungsinteressen des großen Geldes ausgerichtet werden?

Praml: Am wichtigsten ist es, die bereits vorhandenen Beteiligungsinstrumente ernst zu nehmen und verstärkt auf bürgerfreundliche Darstellungsformen zurückzugreifen (z.B. auf Computersimulationen und durch die Bereitstellung von Informationskanälen und Foren, die rund um die Uhr im Netz verfügbar sind). Die Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung sollten sich natürlich immer an den Interessen der Bürgerschaft ausrichten. Große Investitionen, wie wir sie in Wiesbaden dringend brauchen, sind in unserer Gesellschaft derzeit aber nur mit privaten Investoren zu erreichen. Insofern geht es bei guter Kommunalpolitik vor allem darum, privates Kapital in stadtverträgliche Bahnen zu lenken.

Schulz: Wir haben genau dieses Problem hier im und am Schlachthof hautnah erleben dürfen/müssen. Es war einer der Gründe, warum wir diese Kandidatur verfolgen. Stadtentwicklung sollte unserer Meinung nach viel mehr an den Bedürfnissen der Stadt und ihrer Bewohner/innen orientiert werden. Dies darf nicht in Handlungsunfähigkeit enden, muss es aber auch nicht. Auf jeden Fall dürfen wir uns nicht nur nach den Bedürfnissen der Investoren richten, sondern die Investoren sollten zu uns passen. Die Diskussion um die Neue Mitte und den damit verbundenen Bau eines zweiten Multiplex-Kinos, ist ein Schlag ins Gesicht der Familie Ewert, und zeigt, wie weit weg Stadtentwicklung und -planung von uns sein kann. Eine Stadt muss sich selbst erkennen können, den eigenen Geruch und das eigene Bild entwickeln. Das macht den Charme eine Stadt aus.

Werden Sie nach einer Aggression der USA im Irak Repräsentationseinladungen von Verantwortlichen der US-Streitkräfte in Wiesbaden annehmen oder – wie dies die Fraktion Linke Liste beantragt hat – diese Empfänge etc. meiden?

Praml: Ich werde auch in Zukunft Einladungen zu Veranstaltungen bei US-amerikanischen Institutionen annehmen, wenn es dort Gelegenheit gibt, meine ablehnende Haltung zum Irak-Krieg zu erläutern und dafür zu werben.

Schulz: Nein, ich glaube nicht, dass ich die Empfänge meiden werde. Viel interessanter ist doch, solche Anlässe zu nutzen um andere Inhalte und Positionen zu vermitteln.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass rechtsradikalen, rassistischen und neofaschistischen Gruppierungen und Parteien wie beispielsweise den REP und der NPD öffentliche Gebäude und Räume nicht zur Verfügung gestellt werden?

Praml: Die Stadt kann in dieser Frage nur innerhalb eines verfassungsrechtlich vorgegebenen Rahmens handeln. Diesen Rahmen will ich aber voll ausschöpfen.

Schulz: Ja, dafür werde ich mich einsetzen.

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass der erklärte Elternwille bezüglich weiterer Integrierter Gesamtschulen (IGS) und der Einrichtung von Ganztagschulen beschleunigt umgesetzt wird?

Praml: Ja.

Schulz: Schulpolitik ist nicht wirklich mein Schwerpunkt. Ich werde mich allerdings noch diese Woche mit Vertreter/innen der Initiative Pro IGS treffen. Ich finde, wenn es so viel Nachfrage gibt, und so gute Ergebnisse mit dieser Schulform erreicht werden, dann muss dem großen Wunsch so vieler Eltern nachgekommen werden. Wie das im einzelnen umzusetzen ist, möchte ich mit jenen entwickeln, die sich damit beschäftigen und sicher Lösungen parat haben.

Unterstützen Sie die Forderung, wonach alle im Projekt „Kulturpark“ vorgesehenen Nutzungen auf dem Gelände des ehemaligen Schlachthofs untergebracht werden sollen? Bis wann sollten diese Nutzungen Ihrer Meinung nach realisiert sein und was wollen Sie dafür tun?

Praml: Ja, schrittweise und mittelfristig (innerhalb von längstens fünf Jahren).

Schulz: Ja, natürlich. Ich bin im Kulturpark groß geworden, und habe diesen mitentwickelt. Selbstverständlich gehe ich diesen Weg von Anfang bis Ende. Wir möchten hier aber keine utopischen Ziele setzen, oder spinnert wirken. Wichtig ist und bleibt eine prinzipielle Zusage. Eine Umsetzung so schnell wie möglich wäre wünschenswert, und hier sollte mensch die Schaffenskraft der Beteiligten nicht unterschätzen. Die Wirkung soll eine positive für ganz Wiesbaden sein. Die Realisierung des Kulturparks wird eine Welle der Begeisterung nach sich ziehen und beispielhaft für Wiesbaden sein. Es ist und bleibt das einzige Projekt zum Thema Stadtentwicklung, das von innen heraus entwickelt wurde, sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, einer gemeinsamen Identität gerecht wird und zudem und deswegen noch bezahlbar bleibt. Kein Mensch in Wiesbaden weiß oder versteht, warum es hier nicht voran geht. Hier habt Ihr meine 100%!

Werden Sie die Mittelkürzungen im Kulturretat rückgängig machen, um so die Arbeit in den Stadtteilen (Kultur direkt, Kulturtage etc.) zu verbessern? Nach Meinung – nicht nur – der Linken Liste stellt diese Zusammenarbeit von örtlichen Initiativen mit dem Kulturamt ein gelungenes Modell für die Kooperation von Bürgerschaft und Verwaltung dar.

Praml: Ich werde mich dafür mit Nachdruck einsetzen; entscheiden kann dies aber allein die Stadtverordnetenversammlung.